

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

24. Jahrgang erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verantwortlicher Redakteur für den Bezirk Merseburg und Provinzialbezirk Halle: Carl Beckmann, für die Provinz Sachsen, Halle, für den künftigen Monat: Carl Beckmann, Merseburg. — Verlag der Volkstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von P. Krauß u. Co., Merseburg, Große Ulrichstraße 2. — Zeitungserlöse: Seite 411. — Bezugspreise: Monatlich 10 Pfennig beim Abholen von der Expedition monatlich 10 Pfennig. Bei den Buchhandlungen 12 Pfennig. — Halbjährlich 50 Pfennig. — Vierteljährlich 25 Pfennig. — Einzelnummern 2 Pfennig. — Verlags- und Expeditionsadresse: Halle, Große Ulrichstraße 27. — Expeditionsadresse: Halle, Große Ulrichstraße 27. — Expeditionsadresse: Halle, Große Ulrichstraße 27.

Nr. 107.

Halle, Mittwoch den 3. Oktober 1917.

1. Jahrgang.

Schlagwörterkrieg.

In der politisch-diplomatischen Kriegsführung hat sich England den Deutschen zweifellos weit überlegen gezeigt. Sowie man die britische Diplomatie verteidigen kann und mag, so sehr muß man sich freilich auch hüten, den Erfolg ihrer Arbeitsmethode zu überschätzen. Daß England nicht im August 1914 nach dem Durchbruch der „Göben“ und „Breslau“ die Hand auf Konstantinopel legte, was ihm damals wahrscheinlich ohne allen größeren Kraftaufwand gelungen wäre, wird von vielen einschichtigen Engländern als der Krieg entscheidende Fehler angesehen. Und daß es bei dem Versuch, Bulgarien zu überlisten, sich von den Bulgaren so böß abführen ließ, daß jeder Versuch zur Rettung Serbiens zu spät kam, war auch nicht gerade ein Beweis englischer Unfehlbarkeit. Auf England, England und Frankreich lagt ihren drei kleinen Trabanten standen ja von vornherein im Kampfe gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Daß Italien und Rumänien auf ihre Seite treten würden, hatte Vethmann schon in seinem Telegramm vom 30. Juli 1914 nach Wien als höchstwahrscheinlich hingestellt; diesen beiden bot die Entente im Gegesatz auch

den für die kleinen Nationen gegen den brutalen vrentischen Militarismus — das war das Grundmotiv der durch Abzelsperre doppelt wirksam gemachten englischen Kriegspropaganda in den ersten Monaten. Erst seitdem England und seine Verbündeten am Beispiel Griechenlands und jetzt im großen mit der planmäßigen Ausbungerung der Neutralen gezeigt haben, wie sie sich den Tönu der kleinen Nationen vorstellen, ist es davon ein wenig stiller geworden. Das Schicksal Belgiens, Serbiens, Rumänien und Montenegro, die sich von der Entente „beschützen“ ließen, war aber auch wirklich gar nicht verlockend!

Größen Wert hat England stets darauf gelegt, seinen Idealismus und seine Uneigennützigkeit zur Schau zu tragen. Von dem, was

die Engländer wirklich erobern wollten,

wurde möglichst wenig gesprochen; nur so eindringlicher aber wurde betont, daß England für einen dauernden Frieden kämpfe. Dieser Krieg sollte der letzte sein! Er sollte enden mit der Begründung einer Gemeinschaft der Völker, in der nicht mehr die Gewalt, sondern das Recht berühren sollte!

Es hat lange gedauert, ob die deutsche Regierung dieses Mandat durchführt hat. Erst unter Mühlmann hat sie sich wenig und schließlich gar Gemeinlichkeit der Nationen, zu Schiedsgericht und Abstraktion bekannt. Jetzt aber zeigt England die harte Schalk. Asquith nennt die deutsche Schiedsgerichtsbegeisterung „blige Allgemeinheit“ und „platte Frömmigkeit“. Von Abstraktion könne gar keine Rede sein; die Welt werde Zwang gegen die Einheitslosen und Widerwilligen noch auf absehbare Zeit nicht entbehren können. Und Balfour verteidigt die Geheimplomatie und erklärt sie für gänzlich unerlässlich. Die Geheimplomatie verdrängen bekanntlich, wenn man ihre mutig zu Liebe geht; und die hochdeutschen englischen Schlagwörter machen es nicht besser.

Das letzte, große Schlagwort der Entente endlich ist der Kampf gegen die Autokratie für die Freiheit der Völker. Seitdem infolge der deutschen Blaffenlage der Zarismus zusammenbrach, mit dem die andere Entente-Mächte ohne jeden Anstand zwei Jahre lang die besten Freunde gewesen waren, und seit Wilson in den Krieg zog, steht die ganze Entente-Freie von Demokratie über. Die Ären und Jüder, die streifenden amerikanischen Arbeiter, die italienischen und französischen Sozialisten können von dieser Freiheit ein Lied singen. Deutsch-

land müßte nur reich das gleiche Wahlrecht durchzuführen, und das Geheimplomatie des Parlaments geblühend erweitern, dann würde es dort auch von der Demokratie sehr bald nicht werden.

Dem Krieg werden einmal nicht um Prinzipien, sondern um Macht, um Land und Geld geführt. Deshalb brauchen wir uns auch nicht dadurch betrunken zu lassen, daß der englische Schlagwörterkrieg so ungeheuren Erfolg gehabt hat, und daß Deutschland in der ganzen Welt verhasst ist. Ist erst der Krieg vorbei, werden schon wieder die Stimmen sich erheben, die uns volle Gerechtigkeit zuteil werden lassen.

Durch die Parteipresse ging jüngst ein stammer Aufbruch, den der Wiener Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ der christliche Hugo Ganz, an die deutsche Demokratie gerichtet hat. Mit ebenem großen Recht sollte ein anderer Aufbruch desselben Mannes beachtet werden, der doch in der „Frankf. Ztg.“ erschienen ist. Er wendet sich herein gegen Hermann Bahr, der die allgemeine Abneigung der Welt gegen Deutschland auf die deutschen Fehler zurückgeführt hat. „Glauben Sie ernstlich“, fragt er ihn, „daß die Zukunfts- und Zukunftswelt ihren feierlichen Herrn bekommen, der für sein Ehrenwort gebrochen, Rotenard und Remolli die Rede geliegt. Wenn die geheimen Anmachungen gegen uns getroffen haben, weil der Bourgeois in neidischer Anmachung ein schwerverdaulicher Dosis ist? Ich brauche Ihnen doch nicht vorzujubeln, daß die Entente die Türkei aufteilen wollte und noch will, daß Frankreich Glück-Vorkommen wieder haben, und daß England die deutsche Handelskonturrenz auf 100 Jahre ungeschädlich machen will. Die

Unbeliebtheit des Deutschen im Ausland

geht sehr wahrscheinlich nicht auf die von Ihnen mit Recht gerügten Unarten zurück, die ihm ja das Geschäft erschweren und also die Konkurrenz begünstigen, sondern auf seine Unfähigkeit, seinen Fleiß, seine Erfolge. Es geht darin den Deutschen wie den Juden. Die haben auch mehr Unarten als eigentliche Fehler. Um ihrer Unarten willen verurteilt man sie, mag sie vielleicht nicht anstehen. Aber um ihrer Fortzüge und ihrer Erfolge willen haßt man sie. Diese Auffassung trifft zweifellos den Kern der Sache. Deutschland war nicht nur ungeschickt und hatte nicht nur die Mariner eines Emporkömmlings, das Anstrumpfen mit dem Geld und dem Schwert, sondern es war auch mächtig empord gekommen. Und gerade dafür wird die Welt Anerkennung haben, wenn wir erst den Krieg gegen die Entente-Schlagwörter, und ein Stück deutscher Verteidigung, siegreich beendet haben. —

gar zu lockende Gewinne.

Es ist schwer an überlebigen Staaten ins Lager zu treten, welche heißt in. Sichtlich zwar Deutschlands Jünger, insbesondere die Wiederergewinnung seines Anteils am Weltmarkt, aber es hilft England bisher sehr wenig dazu, den Krieg zu gewinnen. Man darf ferner nicht übersehen, daß die Herrschaft noch immer dazu geblieben hat, gegen jeden Weltanblick eine riesige feindliche Koalition zusammenzubauen. Genau mit der gleichen Methode wie jetzt, mit Hilfe eines Weltbundes gegen einen einzelnen Staat, hat England Ludwig 14. besiegte und selbst das militärische und politische Genie des ersten Napoleon niedergeworfen und auf St. Helena zu Tode gemartert. Gerade nach diesen beiden Vorbildern aus dem 17. und dem Anfange des 19. Jahrhunderts wollte England im 20. mit uns verfahren, nur daß es diesmal wohl an den Falschen geraten ist.

Man mag sich also davon frei halten, auf das politische Schicksal Englands zurückzuführen, was viel tiefer liegende Gründe hat, so bleibt gleichwohl bestehen, daß in der Aufhebung der ganzen Welt gegen Deutschland die englische Methode

geradezu glänzender geblieben

hat. Anterstützt natürlich durch deutsche Fehler und zuweisen geradezu ungläubige Anbingeren. Besonders mit drei Schlagwörtern hat England tiefen Eindruck gemacht.

Dreizehntägige Aufgaben.

Mit Spannung wird man über die Grenzen Preußens hinaus dem im Oktober beginnenden neuen Tagungsabschnitt des Reichstages entgegenzusehen, nicht nur wegen der Bedeutung dieses Parlaments im Allgemeinen und seines Einflusses auf die Gesetzgebung und Verwaltung in Deutschland, sondern mehr noch wegen der zu erwartenden Wahlrechtsvorlage, die, falls sie Gesetzkraft erlangt, eine neue Ära in der Geschichte Preußens einleitet. Was in die Vorlage kommt, steht einzuweisen noch nicht fest, sicher ist nur, daß sie entgegen der früheren Annahme dem Abgeordnetenhaus bei seinem Zutritt noch nicht vorliegen wird. Wie sie aussieht, das ist einzuweisen noch das Geheimnis der Regierung.

Wir wissen nicht, ob die Gerüchte, daß sie zwar das gleiche, direkte und geheime, nicht aber das allgemeine Wahlrecht bringt, sondern die Ausübung des Wahlrechts an bestimmte Vermögensbedingungen, vor allem an eine längere Aufenthaltsdauer in der Gemeinde knüpft, auf Wahrheit beruhen. Sollte das der Fall sein, so würde eine solche

Verlängerung der Rechte der Arbeiterklasse

ganz selbstverständlich von sozialdemokratischer Seite dem heftigsten Widerstand begegnen. Die Sozialdemokraten

und mit ihnen alle wirklichen Wahlrechtsfreunde, können und werden es nicht ruhig annehmen, daß mit einem Schritte vorwärts, was es die Einführung des gleichen, direkten und allgemeinen Wahlrechts bedeutet, zugleich ein Schritt rückwärts verbunden ist. Gewiß ist in der Einheitswahl und im Zwei-Klassen-System dem allgemeinen Wahlrecht nicht die Rede, aber das war auch nicht nötig, da das allgemeine Wahlrecht in Preußen bereits besteht. Daß eine Erweiterung des Wahlrechts nach anderer Richtung hin um den Preis der Einschränkung der Wählerzahl erlaubt werden sollte, das konnte niemand ahnen.

Ob auch eine Verteilung der Wahlkreise geplant ist, darüber verläutet nichts. Eine Veränderung der heutigen Wahlkreise ist aber unbedingt notwendig, denn der heutigen Wahlkreisverteilung, die durch und durch ungerecht ist und in der neben der öffentlichen Stimmabgabe die Hauptrolle der Reaktionäre nunmehr liegen, die Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1888 zugrunde. Die Einführung Preußens innerhalb der letzten verflochtenen 70 Jahre, die gewaltigen Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, können nunmehr unberücksichtigt bleiben, wenn anders der Regierung mit der Veränderung

des gleichen Wahlrechts Ernst ist. Bleibt diejenige Wahlkreisverteilung bestehen, so hätten wir nach Gründung der Verfassung der Demokratie zwar auf dem Papier ein gleiches, in Wirklichkeit aber ein höchst ungleiches Wahlrecht und eine weitere Bevorzugung des platten Landes vor den Städten.

Wohlstand muß es hinnehmen, daß mit der

Reform des Dreiklassenwahlrechts

auch die Grundlagen des Herrenhauses vernichtet ist. Nicht als ob wir eine Reform der ersten Kammer nicht für dringend geboten halten. Im Gegenteil wir geben weiter und verlangen die völlige Vereitigung dieses Schiedes, das sich, je länger es besteht, um so überflüssiger erweist. Wenn wir trotzdem eine Verbindung der Reform der ersten Kammer mit der Wahlrechtsreform ablehnen, so weil es nur allzu klar ist, daß falls das heutige Dreiklassenparlament die zukünftigen Grundlagen für eine Zusammenlegung des Herrenhauses schafft, dadurch eine reaktionäre Einrichtung erzeugt wird, die im Gegenstand gegen eine freiheitlich zusammengesetzte zweite Kammer stehen wird. Eine solche Verfochtung, auf die in der Verfassungsentwurf noch nicht genügend aufmerksam gemacht

ist. Hierfür bedarf es nicht einer Aenderung des Reichshausrechtens nichts wissen will, der Ballotieren geneigt machen, ist aber für die Masse des Volkes, insbesondere für die Arbeiterklasse, eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Es dürfte überhaupt die Frage aufzuwerfen sein, ob die Regierung es nicht grundsätzlich ablehnen sollte, diesem Landtag außer der Wahlrechtsvorlage noch irgendeine Vorlage von weittragender Bedeutung zu unterbreiten. Das Wahlsystem, dem es seine Entschiedenheit verleiht, ist gerichtet, seine Tage sind gezählt, die neue Volksvertretung wird ein wesentliches Merkmal

ausweisen. Würden nun die Reformen, deren Notwendigkeit längst von allen einflussreichen Elementen anerkannt ist, noch von diesem Landtag erledigt werden, so würde die preussische Gesetzgebung um eine Reihe von Gelegenheiten, die weder dem Willen des Volkes noch auch dem der Volksvertretung entsprechen.

Vom Standpunkt der Konserverativen und ihres Ansehens aus ist es zu verstehen, wenn sie, um nur ein Beispiel zu nehmen, das *Sideriumgesetz* noch möglichst rasch unter Dach und Fach bringen wollen. Um so mehr Grund haben die Parteien der Linken, das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhindern, und auch das Zentrum, das in der Frage der *Wahlrechtsreform* grundsätzlich mit den Konserverativen übereinstimmt, sollte einsehen, daß die breiten Massen des Volkes um so mehr an seine Wahlrechtsfreundlichkeit glauben, je mehr es seinen ganzen Einfluss darauf aufbaut, daß erst der auf Grund eines freibleiblichen Wahlgesetzes gewählte Landtag diese Materie entscheide.

Von den übrigen Vorlagen, die noch ihrer Erledigung harren, dürfte das *Wohnungsgesetz* in Verbindung mit dem *Bürgerversicherungsgesetz* das größte Interesse in Anspruch nehmen. Angesichts der großen Wohnungsnot, unter der weite Kreise der Bevölkerung leiden, ist ein rasches

Vorgehen auf diesem Gebiet dringlich notwendig, und deshalb könnte man sich vorbehaltlich weiterer Reformen durch eine spätere Gesetzgebung mit dem Entwurf trotz mancher Bedenken einverstanden erklären. Seine Grundlagen sind gut, und er ist in der Tat geeignet, das Wohlfahrtenwesen und den Wohnungsstand einzuführen, und dem Bau gesunder Kleinwohnungen den Weg zu ebnen. Nämlich verhält es sich mit dem Entwurf eines *Zahnärztengesetzes* und dem *Geheimnisschutz* zur Förderung der *Stadtschulen*.

Darüber hinaus aber sollte der Landtag sich auf die Erledigung der *Wahlrechtsvorlage*, des *Staats* und solcher *Geheimnisschutz* beschränken, die unmittelbar mit den Kriegsverhältnissen im Zusammenhang stehen, und deren Erledigung keinen Aufschub duldet. Im übrigen sollte er auf jede weitere Tätigkeit verzichten und seinem Nachfolger das Feld räumen.

Paul Strick.

Was der Krieg bringt.

Fliegerfähigkeit an der Adria.

Das österreichische Flottenkommando berichtet: Am Abend des 27. September hatten unsere Seeflieger die *Flugstation Prindisi* und die in diesem Hafen liegenden *Torpedobooten* und *U-Boote* wirksam mit Bomben belegt. Wie einwandfrei beobachtet werden konnte, erhielten eine *Fliegergruppe* zwei schwere Bombentreffer und auch die übrigen Ziele gute Einschläge.

Zer gemeldeten erfolgreichen Unternehmung gegen die italienischen Luftschiffanlagen von *Zest* vom 27. folgte am 29. abends ein von gleichem Erfolg gekrönter Angriff unserer Seeflieger gegen die *Ballonhallen* von *Ferrara*, dem wieder ein Luftschiff zum Opfer fiel, indem es durch zwei Bombentreffer auf die *Halle* mit riesiger *Stichtamme* verbrannte. Am selben Abend wurden auch die *Fabrikanlagen* von *Fontelagoscure* wirksam mit Bomben belegt.

Der Feind wiederholte am 28. und 29. abends seine Fliegerangriffe auf *Vola*, die keinen nennenswerten Schaden militärischer und privater Natur hervorriefen. Zwei *Matrosen* wurden verwundet. Eins der italienischen Flugzeuge wurde am 29. von einem unserer Jagdflieger im *Luftkampf* über *See* brennend zum *Absturz* gebracht. Die *Insassen*, zwei italienische Fliegerleutnants, sind tot.

21 000 Tonnen.

Der deutsche Admiralstab gibt bekannt: Neue *U-Boots-Erfolge* im *Speergebiet* um *Cagliari* 21 000 *Britenverpackungen*. Von den versenkten *Schiffen* wurden drei große *Dampfer* aus stark gesichertem *Wohlstand* herausgeschossen.

Die Stunde der Abrechnung?

Nach ist der Umfang der italienischen Volkshebung gegen den Krieg immer festzustellen. Es scheint aber die Annahme begründet, daß, wie im Falle *Rozzari*, die interventionistische Presse alle möglichen Vorkommnisse aufbauscht, um Material gegen die verhassten Sozialisten zu gewinnen.

Freilich das Organ der italienischen Sozialisten der Schweiz, *l'Avvenire del Lavoratore* erklärt den inneren Krieg in Italien, die Stunde der Abrechnung, für gekommen. Nach ihm sind in Turin 600 Personen, darunter die *Hauptzahl* Frauen und Kinder, bei den *Streifenkämpfen* getötet, weitere mehrere hundert von *Mordanschuldern* verwundet worden. Auch in *Messina* und *Genoa* sei es zum *Blutvergießen* gekommen. In *Albino* bei *Como* sei der sozialistische Bürgermeister auf 3 Jahre seines Amtes verlustig erklärt worden, weil er einen *Volksaufstand* begünstigt habe. In Turin hätten die *Mannschaften* sich geweigert, auf die Menge zu schießen, worauf die *Offiziere* selbst die *Maschinengewehre* bedient hätten. Die *Namen* der *gewerkschaftlichen Arbeiterkomitee* seien *militärisch* gelistet, alle *Sozialistenführer* verhaftet worden.

Auf letztere Tatsachen wies offenbar schon vor einiger Zeit die *Abfrage* des *Parteitages* hin, in der der *Sekretär* erklärte, die *Tatung* verdrängen zu müssen, bis die *politische* Lage sich etwas gelöst habe und auch *Ausicht* bestehe, daß die *Turiner* Genossen in einer *Zahl* teilnehmen könnten, die der *Bedeutung* dieser *Sektion* entspricht.

Es ist also wohl anzunehmen, daß *Turiner* Führer beim *Antritt* verhaftet wurden, aber sonst sind die *Angaben* des *Avvenire* für ebenso *übertrieben* zu halten wie seine *Lob- und Anfeindungsreden* an unsere italienische Partei, die mit *geballten Häufen*, *gefährlicher Seele*, würdiger der *großen* Stunde zur *Tat* aufgefunden ist. So ist denn die *Revolution* auf dem *Marinell*. Der *Kauf* *Treves'* keinen *Minuten* mehr in den *Schützengräben*! Ist also zur *Herberbeben* *Standarte* der *Soldaten*, zur *Losung* in den *Größen* der *Waffen* geworden?

Unterdessen erklärt *Treves* selbst in einer *Zuschrift* an den *Messaggero*, daß die *seine* *Voluna*, die man jetzt *Rozzari* als *Anführer* zur *Sabotage* des *nationalen*, das heißt *italienischen* *Krieges* zur *Vast* lösen wolle, doch nicht der *italienischen* *Regierung* allein, sondern *allen* *Meinungen* der *Kriegsführenden* *geboten* habe. Und *Avvenire* meint, gerade die *interventionistische* *Presse* habe doch bisher *immer* nach *Abweisung* der *sozialistischen* *Wär*

ge *erweitert* *gefahren*. Jetzt, wo *Partei* *Retrakt* *Rozzari* es *vorschlägt*, *brandmarkte* man das als *Gefahr* für die *nationale* *Sicherheit* (1). Er erklärt ferner, daß der *Säulen* *Arbeiter* *Verband* in *Civilobsequia* von *einem* *internationalen* *Abgeordneten* am *Abend* vor dem *großen* *Ministerial* *platt* *erfunden* und in die *Presse* *lanciert* worden sei, um für ein *strafferes* *Polizeiregiment* *Stimmung* zu machen. Ebenso wie das *Gericht* ein *bedeutigendes* *Eisenbahner* *streiks* als *Vorwand* dienen mußte, daß man den *römischen* *Verband* der *Eisenbahner* *auflösen*, eine *Unmenge* *Eisenbahner* an die *Front* *schicken*, die *anderen* *militarisieren* und den *Sekretär* *verhaften* konnte.

Vorläufig hat, wie der *Avvenire* berichtet, der *Staats* *anwalt* die *Unterlagen* für eine *Anfrage* auf *Hochverrat* in dem *Rozzari* *den* *Bürger*, in dem die *sozialistischen* *Gemeinderäte* zur *Überwindung* ihrer *Mandate* *aufgefordert* werden, nicht für *gegeben* *erachtet*. Interessant ist, daß im *Verlauf* der *letzten* *Lage* auch *einige* *Verdächtige* *sozialistischer* *Gemeindevorstellungen* im *Avvenire* *veröffentlicht* wurden, die den *Vordruck* des *Minister* und der *Ergründung* der *Ausführung* der *Gemeindevorstellungen* als *nicht* *glaubwürdig* *ablehnen*.

Gewaltfrieden und Gewaltmitgliedchaft.

Für die *Deutsche* *Vaterlands* *Partei* stellt die *Ge* *walt* das *einzig* *ethische* *Prinzip* dar: nicht nur der *Friede* *nur* auf der *Grundlage* der *Gewalt* *abgeschlossen* werden, auch die *Mitglieder* *müssen* mit *Gewalt* zu dieser *Gewalt* *Partei* *herangeholt* werden. Es verneht kein *Tag*, *schreibt* der *Rordmarkt*, an dem nicht ein halbes *Duzend* *Beschwerden* von *Angestellten*, *Beamten*, *Arbeitern* und *sonstigen* *Personen* in *absonderlicher* *Stellung* bei uns *einkommen*, daß ein *unmoralischer* *Trud* auf sie *ausgeübt* werde, um sie zu *Mitgliedern* der *Deutschen* *Vaterlands* *Partei* zu *pressen*. Ein *Dokument* für *diese*:

Die *Heberland-Zentrale* *Straf* *und* *ist* ein *kom* *munes* *Unternehmen*, fast *gänzlich* *aus* *öffent* *lichen* *Geldern* *errichtet*; ihr *Aktienkapital* haben die *Pro* *vinz* und die *Kreise* *aufgebracht*. Der *Direktor* dieses *Unter* *nehmens* *ident* *ist* *nun* *nicht*, an die *unterstellten* *Beamten*, *Angestellten* und *Arbeiter* *folgenden* *Anruf* zu *richten*:

An die *Beamten*, *Angestellten* und *Arbeiter* *der* *Heberland-Zentralen* *Straf* *und* *ist* *ein* *kom* *munes* *Unternehmen*, fast *gänzlich* *aus* *öffent* *lichen* *Geldern* *errichtet*; ihr *Aktienkapital* haben die *Pro* *vinz* und die *Kreise* *aufgebracht*. Der *Direktor* dieses *Unter* *nehmens* *ident* *ist* *nun* *nicht*, an die *unterstellten* *Beamten*, *Angestellten* und *Arbeiter* *folgenden* *Anruf* zu *richten*:

Wie Sie aus der *Presse* wissen, ist in *Strasburg* eine *Ortsgruppe* der *Vaterlands* *Partei* *gegründet*.

Über *Deutsche*, gleichgültig welchem *Stand*, welcher *Partei* oder welcher *Konfession* er angehört, muß dieser *neu* *gegründeten* *Vaterlands* *Partei* *beitreten*, wenn ihm das *Wohl* und *Wohle* seiner *Nieder* am *Herzen* liegt. Wir *müssen* *verhüten*, daß ein *fauler* *Friede* *geschloffen* wird, der *alle* *politischen* *Rechte* an *Gunst* und *Ungunst* *unvergleichlich* *läßt* und das *deutsche* *Volk* *den* *Verdammnis* in *Zukunft* als *Armed* von *England* *sein* *Verderben* zu *triften*.

Ich *fordere* *deshalb* auf, *durch* *Beitritt* zur *Vaterlands* *Partei* zu *betunden*, daß ein *deutscher* *Bündnis* *gegründet* *geschlossen* *werden* *müssen*.

Der *Mindestbeitrag* beträgt 1 *Mark*. *Strasburg* *den* *25. September* *1917*.

des *Parteilieb*, *Direktor* der *Ne. 3. Straf* *und* *ist* *ein* *kom* *munes* *Unternehmen*, fast *gänzlich* *aus* *öffent* *lichen* *Geldern* *errichtet*; ihr *Aktienkapital* haben die *Pro* *vinz* und die *Kreise* *aufgebracht*. Der *Direktor* dieses *Unter* *nehmens* *ident* *ist* *nun* *nicht*, an die *unterstellten* *Beamten*, *Angestellten* und *Arbeiter* *folgenden* *Anruf* zu *richten*:

Todesurteil gegen ein Spionin.

Nach immer fehlt in keiner *Behörde* der *Entente* gegen *Deutschland* der *Fall* der *Mrs. Cabell*, die in *Belgien* *wegen* *Sabotage* *hingerichtet* wurde. Inzwischen werden in den *Entente* *Staaten* *fortwährend* *Todesurteile* gegen *Frauen* *wegen* *Sabotage* *erlassen* und *vollstreckt*. Das *jüngste* *Beispiel* betrifft nach der *Schweizer* *Presse* eine *Schweizerin*: Das *Kriegsgericht* in *Marseille* verurteilte wegen *angeleglicher* *Sabotage* in *derjenigen* *Kasse* die *Wärterin* *Maria* *Diano* zum *Tode*. *Werkmächtig* *erwies* *sich* *auch* *dieser* *Fall* in der *Presse* der *neutralen* *Länder* *stillschweigend* *hingenommen*, während bei *einem* *solchen* *Todesurteil* in *Deutschland* *jedes*

mal *Proteste* und *öffentliche* *Ausdrückungen* ohne *Zahl* *er* *folgen*.

Deshalb sei hier *wiedergegeben*, was über den *berühmten* *Fall* der *Mrs. Cabell* *dieser* *Lage* die *holländische* *Wochenzeitung* *„De Toekomst“* *geschrieben* hat:

Zurück fällt mein *Blick* auf eine *Nummer* der *„Nieuw* *des* *beug* *mondes“*, in der *erzählt* *wird*, daß *Mrs. Cabell* zu *ihren* *„Gestern“* *gesagt* hat:

Indem Sie mich *hinrichten*, *lösen* Sie *mir* *ein* *Leben* *aus*; *ich* *aber* *habe* *es* *ermöglicht*, daß *200* *von* *unsern* *Soldaten* die *Waffen* *gegen* *die* *Feinde* *erheben* *konnten*.

Man *weiß*, daß *die* *ganze* *alliierte* *Presse* *Wort* und *Brand* *gegen* *dieses* *Todesurteil* *gerufen* hat. Was *hier* *von* *französischer* *Seite* *mitgeteilt* *wird*, ist ein *schlagender* *Beweis* *dafür*, daß *die* *Verurteilung* *dieser* *Fliegerin* *kein* *„Nord“* *gewesen* *ist*. Eine *Dame*, die *Mißbrauch* mit *ihren* *offiziellen* *Schweizer* *tracht* *treibt* und *das* *in* *sie* *gelebte* *Vertrauen* *läßt*, um *200* *Soldaten* *in* *den* *Kampf* *gegen* *die* *Deutschen* *zu* *schicken*, unter *denen* *sie* *sich* *franz* *und* *frei* *bewegt*, verdient *nach* *ich* *nicht* *die* *lobsprüche* *auf* *ihre* *„edelmütige* *Vaterlands* *liebe“*. *Ihre* *Verurteilung* *war* *vielleicht* *unpolitisch*, aber *doch* *nicht* *„eine* *feige* *Wache“*, die *geeignet* *ist*, *„unvergleichliche* *Empörung“* *her* *vor* *zurufen*.

Wir *wüssten* *wirklich* *nicht*, was *gegen* *diese* *Zeitstellung* *des* *holländischen* *Blattes* *einzuwenden* *wäre*.

Die preussische Wahlreform.

Die *„Nordd. Allg. Ztg.“* *schreibt*: Die *Vorbereitung* der *Geheimnisschutz*, *betreffend* die *Reform* des *Wahlrechts* *zum* *Gunste* der *Abgeordneten* *ist* *die* *Umgestaltung* *des* *Herrenhauses*, *ist* *in* *unserer* *Zeit* *so* *wichtig*, daß *ihre* *Vorlage* *beim* *Abgeordnetenhaus* *vor* *ausichtlich* *Ende* *dieser* *oder* *am* *Anfang* *nächsten* *Monats* *erfolgen* *wird*.

Hierzu *bemerkten* die *„Berliner* *Politischen* *Nachrichten“*: Wenn *nach* *der* *Ansicht* der *„Herbottschmidt“* *auch* *die* *Erste* *Kammer* *des* *Preussischen* *Landtags* *künftig* *ein* *getreues* *Spiegelbild* *aller* *im* *Volke* *lebenden* *Kräfte* *sein* *soll*, so *handelt* *es* *sich* *bei* *dem* *Reformgesetz* *um* *ein* *unfassendes* *Verst*, das *in* *zahlreichen* *Einzelheiten* der *sorgfältigsten* *Durch* *arbeitung* *bedarft*. Die *bereits* *angekündigte* *Rolle* *zum* *Handelskammergesetz* *steht* *damit* *im* *Zwischen* *hang*. *Ferner* *wird* *bei* *der* *Reinordnung* *des* *Wahlrechts* *auch* *nicht* *an* *der* *Wahlkreis* *teilung* *vor* *über* *gehen* *sein*. Es *wird* *sich* *also* *um* *nichts* *weniger* *als* *die* *Reinordnung* *der* *gesamten* *Landes* *vertretung* *handeln*, *also* *um* *mehrere* *Ge* *setze*, die *gleichzeitig* *dem* *Abgeordnetenhaus* *vor* *zuliegen* *sein* *müssen*.

Wie *eine* *Nachrichtenseite* *zufolge* *in* *parlamentarischen* *Kreisen* *verlautet*, *soll* *die* *Reinteilung* *der* *Wahlkreise* *sich* *dem* *Reichstagswahlrecht* *in* *sofern* *anpassen*, als *hierbei* *beachtlich* *in* *Frage* *steht*, das *bisherige* *Zweiabgeordneten* *System* *für* *jeden* *Wahlkreis* *in* *Weg* *fall* *kommen* *zu* *lassen*. In *folgender* *Umgestaltung* *erfahren*:

Den *Blindens* *des* *Volkes* *werden* *die* *Vorlagen* *aber* *nicht* *entsprechen*, wenn *man* *dem* *glauben* *soll*, was *das* *„Berliner* *Lageblatt“* *darüber* *mitteilt*. Es *schreibt*: „Es *verlante*, daß *die* *dem* *Preussischen* *Landtag* *zunächst* *zu* *gehende* *Vorlage* *über* *die* *Reform* *des* *Herrenhauses* *sich* *eng* *an* *die* *Bekanntungen* *über* *die* *Zusammen* *setzung* *der* *einzelnen* *Abgeordneten* *Stimmen* *entlehnen* *würden*. Wie *wir* *erfahren*, *ist* *das* *nun* *je* *aber* *beding* *der* *Fall*. *Im* *vor* *werden* *die* *einzelnen* *Verhältnisse* *der* *ihre* *Vertretungen* *auf* *Grund* *von* *Wahlen* *im* *Herrenhaus* *erhalten*. Darüber *hinaus* *wird* *auch* *eine* *Reihe* *ander* *Vertretungen* *geschaffen* *werden*, die *den* *agrari* *konserverativen* *Elementen* *ein* *starkes* *Ueber* *gewicht* *geben* *würden*. Daneben *wird* *das* *Verhältnis* *des* *Königs* *bekannt* *bleiben*, das *aber* *durch* *einen* *Numerus* *clausus* — *eine* *beschränkte* *Anzahl* — *begrenzt* *werden* *soll*.“

Alle *Fortschritt*, den *das* *Volk* *von* *der* *Wahlreform* *erwartet*, *würde* *durch* *eine* *solche* *Zusammen* *setzung* *des* *Herrenhauses* *bereit* *werden*. Es *hätte* *es* *jetzt* *in* *der* *Hand*, *um* *nicht* *gerne* *gehende* *Verhältnisse* *des* *Abgeordnetenhaus* *zu* *zersetzen* *zu* *lassen*. Der *Eintritt* *der* *Agarier* *würde* *nach* *wie* *vor* *in* *Frage* *aus* *schlagend* *sein*. *Doch* *ist* *das* *Wahlrechts* *verprechen* *des* *preussischen* *Königs* *nicht* *erfüllt* *wird*, *liegt* *auf* *der* *Hand*. Die *Wahlrechts* *vorlage* *der* *Regierung* *wird* *daher* *auf* *die* *schärfste* *Opposition* *stoßen*.

Die Justiz im Kriege.

Die Rechtsprechung in der Kriegszeit weist eine recht eigenartige Entwicklung auf. Zunächst ist die Zahl aller Prozesse erheblich zurückgegangen. Die bei den Amtsgerichten im ganzen Reich anhängig gewordenen Rechtsstreitigkeiten verminderten sich von 181818 im Jahre 1916 auf 818630 im Jahre 1915 und 467867 im Jahre 1914. Das ist eine Verminderung auf ein Viertel. Bei den Landgerichten war der Rückgang geringer, nämlich von 114803 im Jahre 1913 auf 55600 im Jahre 1916. Die Zivilprozesse sind erheblich zurückgegangen. Die Zahl der Zahlungsbefehle verminderten sich z. B. von 27 auf rund 1 Million. Noch erheblicher haben die Wechselprozesse abgenommen. Diese letzteren jetzt nur ein Zehntel der Ziffer der letzten Friedenszeit. Die Konkursverfahren sind um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Vormundschafts-, Nachlass-, Testaments- und Grundbuchsachen haben sich etwa auf gleicher Höhe gehalten.

Andererseits verhält es sich mit den Strafsachen. Die Zahl der Strafbefehle durch die Amtsgerichte hat sich von 1913 auf 1916 verdoppelt. Zum Teil ist die Ursache in den vielen Kriegsverordnungen zur Sicherung der Volksernährung zu suchen. In Strafsachen vor dem Amtsgericht ist die Zahl der Anklagen wegen Heberereien und Diebstehlen nur ganz gering gefallen, die Zahl der Beleidigungsklagen ging nur um etwa 9 Prozent zurück. Dagegen vermehren sich die Anklagen der Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten von 576553 auf 740401, also ganz erheblich. Das ist jedenfalls eine der traurigsten Kriegsfolgen. Die Zunahme ist um so bedauerlicher, als in den letzten Friedensjahren eine ständige und wachsende Abnahme der von Schwurgerichten und Strafkammern verurteilten Personen sich zeigte.

Bekannte Söhne.

Unter der Überschrift „Belgische Bucherer“ bricht die halbamtliche „Korrespondenz Belgien“ unter anderem: „Wer nicht zu rechnen nötig hat, braucht sich zwar noch keine Entbehrenungen anzufragen, aber der weniger bestellte und kleine Mann muß sich auch in diesem von der Natur so reich gesegneten Lande die Güter sehr ersparn. Dazu ist nun nicht, wie früher, die tägliche in ihrem Blau zu säuberen die bedenkliche Wacht nicht, sondern jene Weidenwälder die während des Krieges in allen Ländern wie Giftpilze aufgewachsen sind. In welchem Maße sie auch in Belgien ihre Welen treiben, geht n. a. daraus hervor, daß in Brüssel in letzter Zeit 235 Geschäfte wegen Lebensmitteleinzelhandel geschlossen wurden. Augenblicklich ist es vor allem die Kartoffel, auf dieses jene Ausbeute abgesehen haben. Während, wie in anderen Ländern, auch die ärmere Bevölkerung in den Städten unter ihren bedrückenden Mühen zu leiden hat — man sagt heute für das alte Kartoffel in Brüssel bis 2,50, ja bis 3 —, haben die Bauern im allgemeinen wenig zu klagen. Die Bauern werden die Zwangsmarkte heute nur so herum, als ob sie nichts wüßten.“

Kriegsbrot.

Unsere Pariser Bader — schreibt „L'Europe“ — meistens miteinander an Patriotismus und sind noch paradoxer im Mehlverbrauch, als ihnen geistlich vorgeschrieben ist, indem sie das Brot aus allem andern, nur nicht aus Mehl, backen. Jetzt wissen wir, warum die Kinder der Platanenbäume so fettig auf allen Pariser Alleen angelesen wurde, jetzt haben wir die Erklärung dafür, wo die Kaktanen andigen, die allenthalben mit solchem Eifer gesammelt wurden, und mit welchem Schauer konstatierten wir, daß der Gumbere, der sonst die Bürgerrechte von ganz Anteuil und Vahy garnierte, verdrummen ist.

Hilfe für Winderbemittelte.

In Zusammenhang des Reichstags begründete am Montag **Herr Wöste** (Soz.) folgenden sozialdemokratischen Antrag: „Den Reichstagsrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Militärhinterbliebenenrenten wesentlich erhöht werden.“

Das längere Debate wurde der Antrag einstimmig angenommen. Ein Antrag des **Herrn Geyer** (Soz.), den Reichstagsrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Bescheid des Reichstags vom 2. Mai 1917 betreffend Erhöhung von Mütterrenten, und Militärhinterbliebenenrenten einstimmig ausgesetzt wird, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Das gleiche geschah mit folgenden Antrag des **Reichstagsrat Wöste**, den Reichstagsrat zu ersuchen, den Reichstagsrat zu ersuchen, eine Veränderung des Mütterrentenverordnungsmaßes, des Offizierspensionsgesetzes und des Militärhinterbliebenenrentengesetzes des Reichstags alsbald in Kraft zu setzen, zum Beginn des Jahres 1918 vorzulegen.“ Dagegen wurde mit 10 gegen 11 Stimmen der Antrag des **Herrn Wöste** (Soz.), den Reichstagsrat zu ersuchen, lediglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Durchführung des Rentenverfahrens für Kriegswidrigkeit Organe der Sozialversicherung überträgt, abgelehnt.

Spätmittlich einer Beihilfe des Reiches zur Sicherung der Ernährung Winderbemittelter

lagen folgende sozialdemokratischen Anträge vor:

1. Alle Aufwendungen die als besondere Vergütung (Grundrenten, Schmelzrenten) zu der Grundrenten für die getrigge Milderung von landwirtschaftlichen Produkten gewährt wurden, aus Mitteln des Reiches zu decken.
2. Zur die mildernden Mittel der Volkswirtschaft eine Entlastung der Reiches für die getrigge Milderung mittel herbeizuführen. Die Grenze, wie weit die Vergütung gewährt wird, ist unter Berücksichtigung der

Einkommensverhältnisse und der Zahl der nicht erwirtschafteten Familienangehörigen zu bestimmen. Die Aufwendungen hierfür sind aus Mitteln des Reiches zu decken, sofern nicht durch Veranschlagung der Milderungsmittel für die Rechte der Besondereinstellen ein Ausgleich gefunden wird.

Ein zweiter Antrag will, daß die Renten aus der Alters- und Invalidenversicherung (also auch Hinterbliebenenrenten) um 50 Prozent erhöht werden; ferner daß zu den Invalidrenten von 50 bis 75 v. S. einschließlich ein Zuschlag von 20 v. S. und zu den höheren Invalidrenten sowie den Hinterbliebenen- und Invalidenrenten ein Zuschlag von 20 v. S. gegeben ist.

Ein Antrag der Konventionen will die Renten für die Senkung der Lebensmittelpreise den Gemeinden aufbürden. **Herr Schmidt** (Berlin, Soz.) begründete die Anträge. Die Subventionen für hier aus Reichsmitteln gefordert sind, kommt schließlich auch den Agorien zugute. Aber in erster Linie steht für uns das Wohl der notleidenden Bevölkerung. Jede des Reichsbedarfs ist es, durch eine Bindung der Preise,

Die Anträge wurden schließlich mit geringen Abänderungen und mit dem Antrag Geyer, die Zustände aus dem Reichsnotstands zu lösen, einstimmig angenommen.

Blutstillung.

Den Truppen im Feld erstellt Dr. med. H. Thoma (Hofberg) folgende Anträge:

Die Blutstillungsmittel der Chirurgen sind mannigfaltige und manche Arten sind, wie ganz Weipfer die Wundheilung der verletzten Teile und wie der mit ein hinterbleibend gebliebenen Seitenarterien vor jedermann mehr oder weniger leicht zugänglich. Doch fern die Hemorrhagien und die Blutstillung des verletzten Gliedes nur immer zur Anwendung gelangen, wenn die Wundheilung nicht an der Wurzel des Gliedes ist, oder wenn der Verlust nicht imhändig ist, sich selbst zu bedienen. In allen Fällen, jedoch die Blutung ernsthaft, und nicht selten für längere Zeit gestillt, wenn die Verletzung bestimmte Körperstellen einnimmt. Es ist dies eine Körperhaltung, bei welcher die verletzten Blutgefäße keine Anspannung erfahren, und diese Körperhaltung ist in der Regel gegeben bei einer starken Bewegung aller Glieder eines verletzten Gliedes.

Dieses einfache Blutstillungsmittel wird in der Regel zu einer dauerhaften Blutstillung nicht genügen. Es ist jedoch augenblicklich anwendbar und wird manchen Verletzten vor dem Tode retten. Nach untern Erfahrungen aus Feldzug wird es von vielen Verletzten infolgedessen angenommen, denn nur auf diesem Wege erklärt sich der Verlauf mancher Blutverletzungen großer Blutgefäße, die sich zu bedenklichen Gefährdung hatte.

In die großen Verletzungen an der Brust erzeugt aber nur die Hilfe dieses einfache Blutstillungsmittel den künftigen Truppenleiter zur Kenntnis zu bringen. Es wird allerdings keineswegs in allen Fällen Hilfe bringen, und es werden sogar Fälle vorkommen, in welchen die Verletzten durch einfache Blutstillungsmittel des verletzten Gliedes eine noch ungewöhnliche Genesung finden. In die Folgezeit aber ist es das Gefährliche, durch weichen Andeut dieser Stellen an unrichtiger Stelle zu ihrer weitem Verletzung bei der Manipulation der Truppenleiter mangeln. Die ersten Minuten nach der Verletzung einer großen Arterien sind häufig entscheidend über Leben und Tod.

Notizen.

Die eilich-lothringische Frage. Der künftige Reichspräsident Graf Hertling, der Montag vormittag von München in Berlin eintraf, hatte mitags eine mehrstündige Besprechung mit dem Reichskanzler, die wie das „S.“ mittelt, der Zustimmung Eilich-lothringens und anderen wichtigen internationalen Fragen galt. Die angeleglichen Versicherungen des Kanzlers mit eilich-lothringischen Abgeordneten sind ebenfalls bereits erfolgt.

Die Fliegerangriffe auf London. Neunere Durchschlag am Freitag abend 8 Uhr 40 Minuten und 5 Uhr überließen zwei Gruppen feindlicher Flugzeuge und andre, die einzeln freizogen, die Küste von Kent und Essex und näherten sich London. Jeht drangen durch die äußeren Verteidigungswerke. Nur vier oder fünf erreichten London. Bombenabwürfe wurden aus Kent, Essex und London gemacht. Menschenleben und Sachschäden sind noch nicht gemeldet. In einem weiteren Bericht heißt es: „Bei dem letzten Angriff wurden elf Personen angetötet, 82 verwundet. Der Sachschaden ist unbedeutend.“

Ausland zu Verhandlungen bereit? Aus Stockholm wird der Schwedische Reichstag berichtet: „Dien“ bringt Gerüchte mit russischen Diplomaten, die wie das Blatt hat, berichten, daß das russische Ministerium jetzt die Friedensfrage mit anderen Augen betrachtet. Ähnliche Gerüchte begannen es nicht mit der russischen Revolution, sondern gegenwärtig in Unterhandlungen einzusetzen. Sie erkennen geradezu, daß der gegenwärtige psychologische Augenblick in jeder Hinsicht günstig für den Beginn von Friedensunterhandlungen ist. Als jedoch, daß die russische Diplomatie sich auf dem Wege des Abwands des Krieges befindet, nicht „Dien“ eine Reihe von Gerüchten an das Ministerium des Auswärtigen, die den Beginn wichtiger Verhandlungen vor. Die Beizung des Bremer Weltantrags mit dem früheren Dumaytschikoff ist entschieden. Das Ministerium begründet die Notwendigkeit des Beschlusses damit, daß der Beginn der Friedensunterhandlungen jeht in Augenblick möglich ist und daß dabei kein eine hervorragende Rolle spielen würde, und damit ein aktiver Soldaten Weltkrieg dort verdrängt. Gleiche Gründe lagen für den Abgang des Moskauer Weltantrags vor.

Die Raffe verweigert! Der internationale Gewerkschaftsbund, der am Montag vormittag in Bern eröffnete, wurde vertretene aus den Zentralstaaten, den Niederlanden und aus den Nordstaaten befindet sein. Der Delegierten aus den Zentralstaaten sind die Raffe in letzter Stunde verweigert worden.

Sturmerfolg bei Ypern.

W. T. S. Großes Hauptquartier, 2. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Mitte der flandrischen Front war der Artillerieaufmarsch, zwischen Langemarck und Solchete zu heftigen Zrommfeuerwellen gesteigert.

Margen eintrifften unsere Sturmtruppen den Engländern am Solgen-Wald, nördlich der Straße Ypern. In etwa 500 Metern Ziele kam es zu einem heftigen, das gegen mehrmalige heftige Gegenangriffe behauptet wurde. Mehr erheblichen Verlusten wurde der Feind beizugang ein.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordwärts von Solignon nahm die Kampftätigkeit der Artillerien zu.

Der Feind war der Feuerkampf im Hinblick auf ein erfolgreiches Unternehmen auf dem Hügel der Waas lebhaft. Bei Gelegenheiten brachen mehrmals Infanterie-Staffeln mit Panzern bis in die hinteren Linien der französischen Stellung, jedoch dort die Grabenuntagen und zehrten mit mehr als 100 Gefangenen in die eigene Stellung befehlsgemäß zurück.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz

und an der mazedonischen Front

blieb bei gerinnter Wetterverhältnisse die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Lubandoff.



Du brauchst kein Geld

um jeht Kriegsanzleihe zu zeichnen, denn die bequemen Zahlungsbedingungen lassen Dir Zeit. Du mußt Dir nur überlegen, was Du in den nächsten Wochen und Monaten voraussichtlich verdienen wirst. Rechne davon ab, was Dich Dein Lebensunterhalt kostet — und Du weißt, was Du Deinem Vaterlande leihen kannst.

Darum zeichne!



Die Subvention nicht zu hoch steigen zu lassen. Die Schweiz gibt sehr hohe Summen aus, um ihrer Bevölkerung billige Milch und billiges Brot zu liefern. Die Aoliten für Deutschland würden sich auf die Millionen Reichsmark belaufen. Verträge muß natürlich getroffen werden, daß nicht die Schweizer in den Genuss dieser Subvention kommen. Die der Kundwürdigkeit gewachsenen Prämien dürfen nicht zu Kosten der Kontinenten gehen, sondern müssen vom Reich übernommen werden. Nicht annehmbar ist der sonderbare Antrag, der die Aoliten den Gemeinden aufbürden will. Mehrere erwidert dann den Antrag auf Erhöhung der Renten. Wenn diese die Renten nicht auf den Kriegswidrigkeitsfonds verweisen, sondern müsse ihnen einen Rechtsanspruch geben. Die meisten können aus dem Mehrerlösen bestritten werden. Der Antrag will insbesondere, daß die Alters- und Invalidenrenten sowie die Hinterbliebenenrenten um 50 Prozent erhöht werden. Die Aoliten der Erhöhung der Unfallrenten können gleichfalls aus dem Mehrerlösen bestritten werden.

Die Regierungsbekanntmachung vertritt sich im allgemeinen absehend gegenüber den Anträgen. Staatsminister v. Falbowitz teilte dabei u. a. mit, daß, wo sich die zum 1. November in Aussicht genommene Steigerung des Brotes mit frühen Kartoffeln nicht durchsetzen läßt, die Kartoffelration erhöht werden soll.

Herr Wöste (Hannb. Soz.) stellte folgenden Änderungsantrag: „Zitat § 117 2 im sozialdemokratischen Antrag zu folgen: Eine Entlastung der Preise für die notwendigen Lebensmittel durch Zuschüsse aus Mitteln des Reiches herbeizuführen.“

Herr Schmidt (Berlin): Gegen den Antrag Wöste ist nichts einzuwenden. Aber können nicht aber auch die Wösten die den Genuss der Subvention, die nur der armeren Bevölkerung zugedacht waren. Wenn man es den Gewerbetreibenden überlassen wollte, die Beschäftigten zu geben oder nicht, dann wäre überhaupt nichts dabei heraus.

Bei der Abstimmung wurde vom sozialdemokratischen Antrag 1 § 117 2 angenommen, § 117 2 abgelehnt, der Antrag Wöste ebenfalls abgelehnt und damit der konservative Antrag angenommen.

Interiorminister Schmidt teilt dann mit, daß die Erhöhung der Renten für das Reich eine Mehrausgabe von 43 Millionen bedeuten würde. Die Mehrausgabe muß die Hälfte erhöht werden. Die Mehrausgabe muß nach der Stellung zu dem Antrag nehmen können. Die beantragte Erhöhung der Unfallrenten ist allerdings nicht so schwierig. Am besten sei es, den Kriegswidrigkeitsfonds zu verharren und daraus Zuschüsse zu geben.

Herr Giesberts schlägt vor, aus Kriegswidrigkeitsfonds einen Zuschlag von 50 Prozent zu den Renten zu geben, dann die Beiträge für die Invalidenrenten zu erhöhen.

Herr Gern (Soz.): Der Reich der Invalidenrenten, die durch die Subventionen nicht zu decken sind, sind schon vorbestimmt. Die Subventionen sind aber schon im Voraus festgelegt. Die Subventionen sind aber schon im Voraus festgelegt. Die Subventionen sind aber schon im Voraus festgelegt.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 107.

Halle, Mittwoch den 3. Oktober 1917.

1. Jahrgang.

Tagung des Bergarbeiterverbandes.

Großer Ausschussung — Wichtige Forderungen.

Zu Hannover tagte kürzlich der Aktionsausschuss des Bergarbeiterverbandes zusammen mit dessen Gesamtkonferenz, um auf Befehl für die noch nicht abgelaufene Generalversammlung zu inneren organisatorischen und allgemeineren Fragen zu nehmen. An der Tagung nahmen 21 Delegierte und Vorstandsvorsteher teil, überwiegend Verbandsmitglieder, die noch täglich Werkarbeit verrichten.

Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Sachse, berichtete über die Tätigkeit der Verbandsleitung seit der letzten Beratung des Aktionsausschusses, die 1916 in der Osterwoche gleichfalls in Hannover stattfand. Der Berichtsteller schilderte die Vorgänge im Bergbau, die politischen Lohnbewegungen und ihre zum Teil guten Erfolge, die Schwierigkeiten ausreichender Kohlenförderung, die hauptsächlich in den häufigen Störungen ausreißender Robringsarbeiten in der großen Zündungsbatterie, dem Mangel an guten Betriebsmaterialien, an geschulten Arbeitern, nicht zuletzt aber beiße in der Unfähigkeit großer Arbeitergruppen, sich die erforderlichen Bekämpfungsmittel zu leisten, weil die Reichsregierung blasse und die Löhne dafür teurer nicht ausreichten. Der Bergarbeiterverband habe konsequent die Notwendigkeit der Landesoberleitung anerkannt, unterjuge sie nach Kräften; auch an der Ausgestaltung und der Anwendung des Hilfsdienstgesetzes habe er großartig mitgearbeitet. Wegen dieses Gesefes wüßten sich die profitorientierten Schachtmänner, monnt bewiesen wäre, daß es doch nicht zu „hundejoch“ für die Arbeiter sei, wie von gewisser Seite behauptet wurde. Um die politischen Parteifreiheiten kämpfte sich der Verband prinzipiell nicht, er wende sich aber mit aller Schärfe gegen die Unterjüngung der Organisation, von welcher Seite sie auch verjucht würde. In der Kriegs- und Friedensfrage hätten die Verbandsorgane stets im Sinne der Resolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli d. J. Stellung genommen. Der beste Beweis dafür, daß hiermit dem Willen der Arbeitern entsprechen sei, gäbe die Entmundung der Mitglieder. Kurz vor dem Krieg habe die Zahl der Verbandsmitglieder 101.936 betragen. Durch die Einberufungen von etwa 45.000 Mitgliedern und andre Verluste sei die Mitgliederzahl bis 1. Januar 1916 auf 46.370 gesunken, von da an ansehnlich gestiegen. Zu Beginn 1917 seien 53.401, am 1. Juli d. J. schon 73.677 Mitglieder gezählt worden. Verhältnismäßig nur noch nicht die im Laufe des Septembers eingelaufenen Anmeldungen, denn welche der Bergarbeiterverband zurzeit wieder ca. 90.000 Mitglieder, mit den nach dem Militär befindlichen etwa 115.000. Militär habe ganzlich schon die gesamte Mitgliederzahl um ungefähr 13.000 höher als vor dem Kriege! Gelingen die Anmeldungen nur einigermaßen wie bisher an, dann dürfte der Bergarbeiterverband am Jahresjchluß noch um die Hälfte Tausende Mitglieder stärker sein. In diesem außerordentlichen Zuwachs trotz äußerst schwieriger Agitationsbedingungen dürfte man mit Recht und Stolz das Einverständnis der großen Arbeitermassen mit der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung der Verbandsorgane erblicken.

Diese Auffassung wurde durch die Debatte über den Verbandsbericht durchweg bestätigt. Alle Redner erklärten ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Verbandsleitung und betonten, daß die besten Ansichten auf meeres Erfahren der Organisation beständen. Einmütig traten die Bergarbeitersdelegierten für die Unterstützung aller Bemühungen ein, die auf die Erzielung eines Friedensvertrags im Sinne des

Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli gerichtet seien. Gegen die Kriegsverlängerer und Kriegsgewinnmacher müsse in der idärrsten Weise vorgegangen werden. Das sei die unbedingte Aufgabe der deutschen Bergarbeiternassen. Diese wüßten sofort nach dem Krieg ihre längst begründeten Forderungen erfüllt haben und erwidern besthald in der Einführung des geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts zum Landtag eine Lebensfrage der Bergarbeiter, weil deren Schicksalgebund im Landtag erledigt werde. Die Bergarbeiter würden darum auf der Wache stehen müssen, wenn die Wahlreform dem Preussischen Landtag beschälte.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die den Verbandsorganen für ihre „prinzipielle und tatsächliche Haltung“ Anerkennung ausspricht, ferner gegen die Behauptungen, die Bergarbeiter vernachlässigten ihre Arbeitspflicht, sie verurteilt die Notwendigkeit einer ausreichenden Mobilisierung für die Landesoberleitung um, erwünschten Protest erhebt, ausreichende Löhne und bessere Ernährung fordert. Sodann wird es in der Resolution:

Insbesonbere spricht der Aktionsausschuss der Verbandsleitung und der Verbandsleitung volle Anerkennung aus für ihr Eintreten für einen Verdingungsstriben im Sinne des Beschlusses der großen Reichstagsmehrheit vom 19. Juli dieses Jahres und ferner als Verbandsmitglieder auf, in der Richtung dieses Beschlusses unbedrückt durch amerikanische Schlichter und Verhandlungen zu wirken. Die regierungsseitige Anknüpfung der Reform des preussischen Landtags an die Wahlreform, dem Reichstagsbeschlusse entgegen der Grundidee begünstigt wird als Bergarbeiter mit besonderer Begünstigung, weil wir von der Durchführung dieser Reform aus die unbedingte nötige Verwirklichung der seit Jahrzehnten erhobenen, wohl begründeten Bergarbeiter-Schuldforderungen erwarten dürfen. Der Lohn mit großer Schärfe seitens der reaktionären Konzernseinde und der kapitalistischen Schachtmacher begonnene Kampf gegen die Wahlreform legt nicht zuletzt den Bergarbeitern die Verpflichtung auf, im Rahmen der politischen Parteien, deren untere Berufsgruppen jeweils angehören, mit unermüdeter Energie für die abschließende Wahlreform zu wirken. Die abschließende Verwirklichung dieser Reform würde verhängnisvoll für den dringend erforderlich gewordenen Bergarbeiterkampf sein.

Es wurden ferner besondere Resolutionen beschlossen, in denen gefordert werden: Reform der Anspaharistatisten, Ausbau der Reichs-Verkehrsverbandsform (Erhöhung der Leistungen), Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Werkbesitzer als Vorbereitung für eine eventuelle Zustimmung zu Preisverhandlungen für Bergarbeitergewerkschaften, Reichsgericht gegen die profitorientierten Monopolisierung des Bergbaues, Arbeitsverretungen in den Schichtverordnungen, Arbeitslose, Förderung der Tarifverträge im Bergbau, geschickte Aktundendentsicht, km. längere Schichten vor sehr heißen Betriebspunkten, Verbot der Frauenarbeit in den Bergwerken, Verbot der Arbeit von Personen unter 18 Jhrn. 15 Jahren untertage, vom Staat besetzte Arbeiterkontrollräte, Arbeitsbeschäftigung mit höchsten Begehren um. Es handelt sich gemeint um Bergarbeiterforderungen, die seit Jahrzehnten erhoben, aber immer wieder vom Preussischen Landtag, der bekanntlich auf diesem Gebiet für Deutschland vorangeht, abgelehnt worden sind. Darum seien die Bergarbeiter in der Landtagswahlreform die unbedingte nötige Vorarbeit für die Verwirklichung des Bergarbeiterkampfes.

Der Verlauf der Tagung des Bergarbeiterverbandes ist ein außerordentlich ereignisreiches Zeichen für den Wirklichkeitsinn der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und eröffnet der deutschen Arbeiterbewegung gute Zukunftsaussichten.

Halle und Saalkreis.

Halle, 3. Oktober 1917.

Tagung des Städteverbandes Sachsen-Anhalt.

In Magdeburg hatte Ende vergangener Woche der 19. Städtebund des Städteverbandes Sachsen-Anhalt, dem 100 kleinere Städte angehören.

An der Hauptversammlung erfolgte die Erörterung freigezwirtschaftlicher Fragen, wobei Oberpräsident v. Vogel die hohen Eisenpreise kritisierte und die Fortführung eines Speard, daß eine weitere Steigerung unterbleiben könne. Zur Witterungsverjüngung erklärte er, daß diese im Winter noch schmerzlicher werde. Durch eine bessere Erhaltung der Wälder und Aufzuchtungen könne man die Schwermeter zu mildern. Ferner nahm er den „Probingenbau“ in Schutz. Die gegen diese Einrichtung erhobenen Einwürfe seien unbedeutend. Monnergierat Nabobche (Bausberger) wies auf die Vorteile der zentralen Schlichtungen in den einzelnen Kreisen hin. Als Gliederungspräsident v. Wittlich erklärte, daß die Verjüngung Deutschlands gegenüber Österreichs für besser und zwar besonders, weil bei uns der freie Handel mehr ausgebaut werden könne.

Über die Verwaltungsreform sprach darauf Bürgermeister Dr. Selian (Eilenburg), der die verschiedenen ministeriellen Größte zur Verwaltungsreform beiprachte und über die vom Reichsverband der deutschen Städte dazu aufgenommenen Beschlüsse berichtete. An der Hand einer Karte zeigte er fest, daß sich die übermiegende Mehrheit der kleinen Städte gegen eine Unterstellung unter den Landrat ausgesprochen habe, weil man sich über eine ministerielle Schlichtung keine Einigkeit habe man sich gegen die Aufhebung der Bezirksregierungen ausgesprochen. In den Vortrag schloß sich eine Besprechung, in der Regierungspräsident v. Wittlich und Bürgermeister Dr. Selian ausführliche Erläuterungen zu der Verwaltungsreform gaben. Im übrigen wurde die Notwendigkeit der Reform nach dem Sinne des Ministers Dr. Drems allgemein betont.

Die Wahl des Ortes für den nächsten Städtebund wurde dem Vorstand überlassen. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Senge der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Bürgermeister Stübemann (Ariern), an seine Stelle Bürgermeister Hilliges (Eilenburg) gewählt. Über die vom Oberpräsidenten verteilten hohen Eisenpreise und über die zum Teil recht preiswürdigen Tätigkeiten des Preisungsmittels, der von ihm in Schutz genommen wurde, sind die Kommunalen an drei Stellen.

Recht begreifend ist auch die Mitteilung, daß die kleinen Städte in der Wehrpflicht von einer Unterstellung unter die Landräte nichts wissen wollen. Die Beschlüsse dieser Städte haben ansehnlich sein großes Verlangen zu der landräthlichen Bevormundung und wollen die befürchteten wirtschaftlichen Schäden dadurch vermeiden, daß sie die Unterstellung ablehnen.

Verbot für die Frauenbewegung!

Bei dem Zusammenkunft unter Parteigenossen am der Reichstagskonferenz am 7. Juli in Berlin kam der „Bulle zu tatkräftiger Arbeit im Dienste der sozialdemokratischen Weltanschauung in schöner Weise zum Ausdruck. In dem erwähnten zielführenden Wollen liegt schon ein Stück Erfolg.

Der Krieg hat auch die sozialdemokratische Frauenbewegung darübergebracht und gefordert. Gleichwohl wurden wir Frauen aber auch vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt. In nie geübter Weise hat die Frauenverbandsarbeit an Umfang zugenommen, ist sie in ihrem volkswirtschaftlichen Werte gestiegen. Viel Umlicht, Tapferkeit und guter Wille in der Frauenwelt ist nötig, um Berufs-, Hausfrauen- und Mutterpflichten zugleich auszuführen. Ein mondo Frau ginge nicht den hiesigen, dennollen Weg der von oben anordnenden Mutter, würde sie nicht durch höhere Not dazu gezwungen.

Die bisher zur Entlastung der erwerbslosen Frauen geschaffenen gemeinnützigen Einrichtungen genügen noch lange nicht, um ihnen wirklich hilfreiche Erleichterungen zu verschaffen.

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seemann von W. Jacobs.

(17. Fortsetzung.)

Verdacht erwecken

Die Mitglieder des Syndikats waren die ersten, die am Abend ihrer Ankunft in Hamburg an Land gingen. Sie waren bei ihren Beratungen zu dem Kapitän gekommen, daß der einzig in Frage kommende Ort, an dem ein ehemaliger Seemann seine Abende verbringen werde, ein Wirtschaft sei, und sie beschloßen daher, diese gründlich zu durchsuchen.

„Das schämteste dabei“, sagte Sinnerf, „als sie langsam zur Stadt schwinderten, er hies das Trinken. Wenn ich erit fünf oder sechs Glas gehabt hab, sieht mich jedenein wie wäppen Göteler an.“

„Wir woll'n ohne trinken fertig werden“, entgegnete der Koch. „Wir wollen's machen wie der stel in der Seewichte. Hast Du fünf Groschen bei Dich?“ „Wofür?“ fragte Sinnerf vorwärts.

„Betriebskapital“, antwortete der Koch, „ordentlich Holz auf diese Wraie.“

„Das macht für jeden zwei und 'n halben Groschen“, sagte Sinnerf, ihn aramündlich betrachtend.

„Fünf Groschen jeder“, erwiderte der Koch. „Weißte nu, was wir machen wollen?“

„Geld wegnehmen“, sagte Sinnerf, „gierend fünf Groschen aus der Tasche ziehend und den Koch gebend.“

„So sind Deine fünf Groschen?“

„Nein, das ist ein Stück Schindler.“

„Unter dem ruhigen, verächtlichen Blise des Koches wurde er erit störrisch und fing dann an zu schimpfen, worauf er damit schloß, daß er sein Geld zurückverlangte.“

„Sei kein Narr!“ sagte der Koch groß, „überlaß mich die Sache man.“

„Daß ich am Ende nachher mit meine eignen Schuldbänder an 'n Tisch festgebunden werd“, meinte der gereizte Matrose.

Der Koch tat, als wenn er nichts hörte, und blinnte nach einem Schußgeschiff aus. Als er eins gefunden hatte, ging er hinein, gefolgt von dem zufriedenen Sinnerf, und kaufte für eine Mark Schuldbänder.

„Was muß ich denn jagen?“ fragte Sinnerf mürrisch, als sie wieder draußen standen und der Koch ihm ein halbes Duzend Schuldbänder über den Arm hing.

„Du brauchst mir zu jagen“, antwortete der Koch. „Du gehst bloß rein und hältst sie die Leute ins Gesicht, und wenn Dich einer 'n Glas Bier anbietet, kaufst Du's ruhig nehmen.“

„Wird keine Not haben“, meinte Sinnerf mit prophetischer Miene.

„Du nimmst alle Krampen auf diese Seite von die Hauptstraße und ich nehm die andre“, sagte der Koch. „In wenn Du so freundschaftlich umgehst tust wie nu, denn wirste 'ne Wasse Geld einnehmen.“

Mit einer letzten Warnung, nicht zuviel zu trinken, machte er sich auf den Weg. Der dicke Matrose, dem viele Arbeit beruflich wenig zuzugute, nahm die Bänder in die Hand und lenkte seine Schritte einer kleinen, aber sehr geräumlichen Kneipe in der nächsten Straße zu. Das Gastzimmer war voll, und Sinnerf laut das Herz, als er eintrat und, gemäß der Intuition des Koches, den Gästen seine Ware hinhielt. Die meisten nahmen keine Notiz davon, und der einzige, der etwas zu ihm sagte, war ein rotfarbiger Sergeant von den Sechshoten, der sein Glas

mit großer Vorsicht auf den Tisch setzte und steif auf ein Duzend Bänder stierte, die auf seinem roten Mermel herumtrabbelten. Seine Bemerkungen, als er ihnen Zusammenhang mit Sinnerf erwiderte, waren höchst ernst und eindringlicher Natur und enthielten nicht die leiseste Anspielung auf ein Glas Bier.

In der nächsten Kneipe traf er einen Menschenfreund, der sein geimtes Warenlager aufkaufte. Der dicke Matrose, den solche Güte ganz unerwartet kam, stand da und ließ ihn summen an, während seine Lippen von unterdrückten ruppigen Worten zitterten.

„Na, na!“ sagte sein Wohlthäter freundlich. „Sie brauchen sich nicht erit lange zu bedenken.“

Sinnerf gehorchte ihm prompt und entfernte sich schweigend, um nach den nächsten Schuldbänder zu kaufen und neue Schuldbänder einzunehmen. Durch die Erhaltung schwebig, hielt er einen Teil seines neuen Vorrats in seine Tasche und betrat, nur einige Paare in seiner Hand, die nächste Kneipe.

Die war ziemlich voll, aber er drängte sich durch und blinnte sich, seine Ware in nachlässiger Weise anbietend, bereit, sich irgendwelchen Angelegen von Kapitän Göteler um.

„Haus!“ rief eine solche Verkäuferin, den Stoff hoch werfend, als sie ihn erblickte.

„Geh hinein, Fräulein“, sagte Sinnerf, rot vor Scham. Bislang hatten ihn die meisten Verkäuferinnen stets mit Freundlichkeit behandelt und in Skneiven, wo er gut bekannt war, pflegte man ihn mit „Herr“ anzureden.

„Wollst du gehabt, Maat?“ jagte eine Stimme, als er sich zum Gehen wandte.

„Hunger, Herr“, erwiderte Sinnerf, der sich nie große Gehalten wegen seines Aussehens machte.

„Sehen Sie sich hierher“, sagte sein neuer Freund, der Verkäuferin, die den Matrosen noch immer mit freudigen Blicken betrachtete, zumindend.

(Fortsetzung folgt.)

